

Landshut, 16.07.2019

An den Stadtrat
der Stadt Landshut

Rathaus



Nr. 976



Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt gegen das Verstellen und Zuparken von Rettungswegen und Feuerwehranfahrtszonen in einer konzertierten Aktion mit Polizei und Blaulichtverbänden wirkungsvoll vorzugehen.

Zusätzlich ist die Maßnahme durch ausreichende Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten.

Unter anderem ist für die Bürger auf der Homepage der Stadt ein Informations-Handzettel über die Rechtslage und die Maßnahmen bereit zu stellen.

Begründung:

Die Gefahrenabwehr und Rettungsleistung ist grundsätzlich mit einem hohen Zeitdruck verbunden. Die Hilfsfrist ist das wichtigste Erfolgs- und Qualitätsmerkmal für die Einsätze von **Feuerwehr, Polizei und Rettungsdiensten.**

Das egoistische und gedankenlose Verhalten der Verkehrsteilnehmer nimmt überhand. Rettungswege und Feuerwehruzufahrten werden immer öfter zugestellt und dadurch die Schutzziele nicht mehr erreicht.

Fast niemand beachtet die gesetzlich vorgegebenen Mindestfahrbahnbreiten von 3,00 m im geraden Straßenverlauf und 3,50 m im Kurvenbereich. Ein Beispiel dafür ist der östliche Teil der Donaustraße in Auloh, in der wegen der vorhandenen Fahrbahnbreite nicht geparkt werden kann ohne eine unzulässige Verengung zu tätigen.

Maßnahmen wie in Aschaffenburg kürzlich durchgeführt wurden und in München seit längerem sind notwendig um die Sicherheit der Bevölkerung

(Rettungsfristen) wiederherzustellen und zu gewährleisten

<https://www.facebook.com/BRFranken/videos/2281156562144713/>.

Rudolf Schnur

Dr. Max Fendl

Maximilian Götzer

Wilhelm Hess

Manfred Hölzlein

Anke Humpeneder-Graf

Dr. Dagmar Kaindl

Ingeborg Pongratz

Helmut Radlmeier, MdL

Lothar Reichwein

Gertraud Röbl

Gaby Sultanow

Philipp Wetzstein

Ludwig Zellner

Bernd Friedrich

Dr. Thomas Haslinger

Karina Habereeder

Robert Mader

Ludwig Graf

Klaus Pauli

Erwin Schneck

Jutta Widmann, MdL